



REGION *konkret*

Informationen der SPD-Regionalfraktion Stuttgart im Juni 2012

DIE REGION IST BEIM THEMA WINDKRAFT GUT AUFGESTELLT



Stand heute gibt es in der Region Stuttgart neun Vorranggebiete für Windkraftanlagen, in denen sich 27 Windräder unterschiedlicher Höhe und Leistung drehen. Es könnten bis Ende des Jahrzehnts über 150 werden. Ziel der Landesregierung für diesen Zeitraum sind über 1000 Anlagen in ganz Baden-Württemberg.

Der Verband Region Stuttgart ist kurz nach dem Regierungswechsel bereits im Frühjahr des vergangenen Jahres in eine breite Prüfung der Bedingungen für eine Vervielfältigung der Windkapazitäten eingetreten. Dies obwohl er nicht sicher sein konnte, welche Rolle er und die anderen Regionen nach der angekündigten Änderung des Landesplanungsgesetzes durch den Landtag spielen würden. Unsicherheit deshalb, weil die Regionen in Teilen der neuen Landesregierung für den erbärmlich schlechten Ausbaustandard der Windkraft in Baden-Württemberg verantwortlich gemacht wurden, der doch nur dem Wirken der Atomlobby und der zugehörigen Regierung Teufel geschuldet ist. Wie wir wissen, sind beide Geschichte.

Statt untätig auf den sich hinziehenden Gesetzgebungsvorgang zu starren, hat die Region am 21. September des vergangenen Jahres das Fortschreibungsverfahren zur Festlegung von zusätzlichen Vorranggebieten für Windenergienutzung

förmlich eingeleitet. Sie hat die Städte und Gemeinden der Region zu einer Informationsveranstaltung eingeladen und um Mitteilung über die bestehenden Planungsabsichten in den Kommunen gebeten.

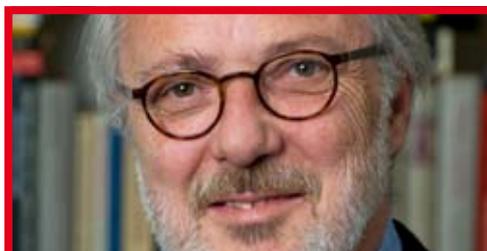
Erwartungsgemäß hat sich schnell herausgestellt, dass die Platzierung von Windkraftanlagen mit Nabenhöhen von 150 Metern einer überörtlichen Koordination bedarf. Bezogen auf die einzelne Kommune sind Windanlagen meist nur am unbesiedelten Rand – meist ein Höhenrücken – möglich. Und dort will die Nachbargemeinde – knapp auf der anderen Seite der Grenze – auch bauen. Insgesamt hat die Region unter Berücksichtigung eines umfangreichen Ausschlusskataloges über 80 mögliche Vorranggebiete für Windkraft identifiziert. Diese liegen im Wesentlichen nördlich der Rems, im Bereich des Schurwaldes und auf der Schwäbischen Alb. Und auch in diesen Bereichen sind noch viele Fragen zu klären (Landschaftschutz, Vogelzugwege, Biosphärenschutz, markante Bauwerke und Landschaftselemente)

Daraus ergibt sich: Glaubwürdige Bürgerbeteiligung in jedem Einzelfall hat den Gesamtblick auf die Region als Voraussetzung. Sind Lasten und Nutzen nachvollziehbar verteilt und welche Bedingungen treffen, für welchen Standort im Besonderen zu.

Im Sommer wird die Region jetzt den Anhörungsentwurf zur Beteiligung von Öffentlichkeit, Planungsträgern und Gemeinden auslegen. Der in den Gremien der Region abgewogene Teilregionalplan kann dann Ende des Jahres als Satzung beschlossen werden.

Ablauf und Perspektive dieses Prozesses zeigen: Die Region ist bei allen überörtlich abzustimmenden Planungen der geborene Partner der Kommunen und der Bürger.

Ein Beitrag von Matthias Hahn



Liebe Genossinnen und Genossen,

Die Energiewende beschäftigt das ganze Land, sie beschäftigt auch die Region. Aufgabe der Region ist, die planerischen Vorarbeiten zu tätigen und den Boden für die Schaffung von Infrastrukturen zu bereiten.

Beim Thema Windkraft sehe ich die Region sehr gut aufgestellt. Die Landesregierung hat mit der Verabschiedung des „Gesetzes zum Ausbau der Windkraft im Land“ die bisherige Praxis der Ausschlussgebiete gekippt. Zukünftig können auch Städte und Kommunen gemeinsam planen. Ich sehe dabei die Verantwortung nach wie vor bei der regionalen Ebene. Der Regionalverband hat sehr gute Vorarbeit geleistet und rund 200 Plätze für Windräder in der Region ausgemacht. Diese Vorranggebiete können bis Jahresende festgeschrieben werden. (siehe auch nebenstehender Bericht)

Die geplante Biogasanlage in Nürtingen beschäftigt uns schon seit einiger Zeit. Der Planungsausschuss hatte beschlossen, dass der damals geplante Standort bei der Gemeinde Großbettlingen, im regionalen Grünzug, gegen die Interessen der Region verstößt und deshalb gegen die Ansiedlung geklagt. Nachdem der Betreiber mittlerweile weiter umgeplant hat, ist die SPD der Meinung, dass der Bau nun genehmigt werden sollte.

Es grüßt euch herzlich,

SPD IN DER REGION DISKUTIERT ENERGIEWENDE IN DER REGION


Pressemitteilung vom 13.04.2012

Die SPD Regionalfraktion und die SPD in Region Stuttgart haben unter dem Motto „Energiewende in der Region“ die aktuellen Fragen der Energiepolitik diskutiert. Als Experte konnte der Geschäftsführer der Stadtwerke Fellbach Thomas Mahlbacher einen Einblick in die aktuellen Tätigkeitfelder kommunaler Energieversorger geben. Der Stuttgarter Baubürgermeister Matthias Hahn legte den aktuellen Stand der Diskussionen über die Planungen des Verbandes Region Stuttgart dar.

Rund 50 interessierte Bürgerinnen und Bürger waren der Einladung der SPD nach Fellbach, zu den dortigen Stadtwerken, gefolgt. Thema des Abends war die Energiewende und ihre Auswirkungen. Der Vorsitzende der SPD-Regionalfraktion Harald Raß hob in seiner Begrüßung die Bedeutung der Thematik, auch für die Region Stuttgart, heraus: „Die SPD hat stets für die Energiewende gekämpft. Jetzt wo sie Realität wird, müssen wir uns darum kümmern, dass die Wende auch erfolgreich umgesetzt wird“.

Der Geschäftsführer der Stadtwerke Fellbach Thomas Mahlbacher ging zu Beginn seines Vortrages auf die Entstehung der Stadtwerke in Fellbach sowie auf den allgemeinen Trend zur Rekommunalisierung von öffentlichen Unternehmen und Netzen ein. Mahlbacher sieht die Gründe für diese Entwicklung in den Vorteilen, die kommunalen Träger gegenüber der Privatwirtschaft. Dass Kommunen auf dem Sektor der Strom- und allgemeinen Energieerzeugung Erträge generieren können und dies gewisse Einsparpotentiale birgt, sei laut Mahlbacher hin längst

bekannt. Darüber hinaus sei der Aspekt der Schaffung von kommunalen Arbeitsplätzen und die Verdienstmöglichkeiten über den Vertrieb von Energie weitere Vorteile für die Kommunen.

Bei der Bewältigung der Energiewende sieht der Geschäftsführer der Fellbacher Stadtwerke, auch bei neu gegründeten Stadtwerken, diese in einer Situation, in der stark in alternative Energieformen investiert wird. 95% investieren in den Ausbau erneuerbarer Energie und rund 77% in den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung. Die Stadtwerke Fellbach speziell investieren in Offshore-Windparks in der Nordsee und den in den Bau von Biogasanlagen. Dabei betonte Thomas Mahlbacher, dass der Ausbau von Windkraft, Solarenergie und Biomasse, nur die Spitze der Pyramide bei der Energiewende seien. Viel mehr ginge es auch darum, dass Netze und Energiespeicher und das intelligente Stromnetz, das so genannte „Smart Grid“, ausgebaut werden. Dass um die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürger geworben werden müsse, ist für Mahlbacher nicht zuletzt ein Baustein bei der Umsetzung der Energiewende.

In wieweit die Möglichkeiten für den Ausbau der Windkraft in der Region gegeben sind, diskutiert im Moment der Planungsausschuss im Verband Region Stuttgart. Der Stuttgarter Baubürgermeister und Sprecher der SPD-Regionalfraktion für Planungsfragen Matthias Hahn berichtete über den aktuellen Stand der Diskussion. Nach den Untersuchungen des Verbandes Region Stuttgart sind durch die festgeschriebenen Rahmenbedingungen nur wenige Standorte in der Region für den Bau von Windkraftanlagen möglich.

So müssen beispielhaft Abstände zur Wohnbebauung, Naturschutzrichtlinien und der ökonomisch sinnvolle Betrieb, also im konkreten Fall die Windgeschwindigkeiten, in der Regionalplanung berücksichtigt werden. Laut Hahn fallen so große Teile der Region als mögliche Gebiete für den Bau von Windkraftanlagen aus. Lediglich im Südosten der Region wird es größere Flächen geben, an denen der Bau von Windkraftanlagen möglich und auch sinnvoll ist. An den Stellen, an denen ein Bau solcher Anlagen als sinnvoll erachtet wird, wird der Verband Region Stuttgart in Zukunft Vorranggebiete für Windkraftanlagen ausweisen.

Ein Beitrag von Felix Rapp

IMPRESSUM

Herausgeber:	SPD-Regionalfraktion V.i.s.d.P. Harald Raß Kronenstraße 25 710174 Stuttgart
Redaktion & Layout:	Felix Rapp
Fotos:	Thomas Leipnitz, Fraktion
Auflage Print:	250
Kontakt:	SPD-Regionalfraktion Stuttgart Geschäftsführer: Felix Rapp Telefon: 0711/299 14 95 Fax: 0711/299 14 96 spd@region-stuttgart.org

POSITION: FILDERDIALOG UND TRASENFÜHRUNG AUF DEN FILDERN



Zum Thema Filderdialog und Planfeststellungsverfahren 1.3 stellt die SPD-Regionalfraktion fest:

- Die Führung der Gäubahn aus Richtung Singen/Rottweil über den Flughafen ist Bestandteil der Verträge von Stuttgart 21 und für uns nicht verhandelbar. Eine Führung der Züge aus Richtung Singen über Tübingen, die heutige Gäubahntrasse in Stuttgart oder gar der Verzicht auf den planfestgestellten und bereits vergebenen Fildertunnel, lehnen wir ab.
- Wer den Menschen jetzt vorgaukelt, dass es hier noch etwas zu verändern

gäbe, handelt wider besseres Wissen und spielt bewusst mit den Erwartungen und Hoffnungen der Menschen und gefährdet so den Erfolg des Filderdialogs.

- Der heutige Planungsstand für den neuen Flughafenfernbahnhof (26 Meter tief und 250 Meter entfernt vom S-Bahnhof und vom Flughafen) ist verkehrlich nicht mehr zeitgemäß, weil er die Verkehrsbedürfnisse der Menschen ignoriert (kurze Umsteigewege, insbesondere mit Fluggepäck). Der künftige Flughafenfernbahnhof muss möglichst nahe an das Flughafengebäude und die heutige S-Bahnstation heran

gerückt werden.

- Wir unterstützen den Vorschlag der SPD-Landtagsfraktion für eine Trassenführung der Bahnstrecke Richtung Singen auf den Fildern südlich der Autobahn bis zur Rohrer Kurve. Wo nötig, ist dabei auf die Belange von Mensch und Natur mit geeigneten Maßnahmen (z.B. Tunnel, Deckel) besonders Rücksicht zu nehmen.

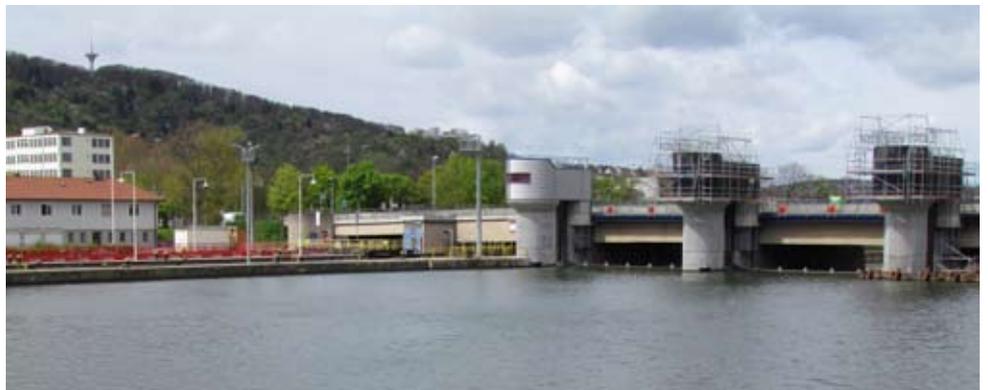
Die SPD-Fraktion wird sich im Rahmen dieser Prämissen in den Diskussionsprozess einbringen und realistische und umsetzbare Alternativen zur Antragstrasse der Bahn unterstützen.

SPD SETZT SICH FÜR AUSBAU DER NECKARSCHLEUSEN EIN

Pressemitteilung vom 20.04.2012

Der Verkehrsausschuss der Regionalversammlung in der Region Stuttgart hat in seiner letzten Sitzung, auf Antrag der SPD-Regionalfraktion, die Forderungen nach einer Fortführung des Ausbaus der Wasserstraße Neckar bekräftigt. Die Landesregierung wird darin aufgefordert, gegenüber dem Bund auf die Fortführung der Modernisierung und Verlängerung der Neckarschleusen der Bundeswasserstraße Neckar von Mannheim bis Plochingen zu bestehen.

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Regionalfraktion, Thomas Leinitz, hob in der Sitzung des Verkehrsausschusses die große Bedeutung des Neckars für den Wirtschaftsstandort Region Stuttgart hervor: „Der von der Bundesregierung geplante Verzicht auf die Modernisierung und Verlängerung der Schleusenkammern zwischen Heilbronn und Plochingen, sowie die Herabstufung des Neckars



in der Priorisierung der Bundeswasserstraßen, birgt die Gefahr, dass die Region Stuttgart mittelfristig von der Binnenschifffahrt abgehängt wird.“ Im Ausbau des Neckars sehen die Sozialdemokraten vor allem einen wichtigen Anteil den Güterverkehr von der Straße zu bekommen.

Auf Antrag der SPD hat der Verkehrsausschuss des Verbandes Region Stuttgart

beschlossen, die Bundesregierung aufzufordern, dass diese ihre mehrjährigen Investitionsplanungen so gestalten, dass die Sanierung und Modernisierung des Neckars so erfolgen soll, dass zukünftig Europaschiffe, mit einer Länge von 135 Metern, alle Häfen entlang des Neckars erreichen können.

Ein Beitrag von Felix Rapp

DIE FRAKTION 2012
Planungsausschuss

BM Matthias Hahn, Sprecher Planung
Stadt Stuttgart
E-Mail: matthias.hahn@stuttgart.de

OB Michael Makurath
Kreis Ludwigsburg
E-Mail: makurath@ditzingen.de

OBin Angelika Matt-Heidecker
Kreis Esslingen
E-Mail: ob@kirchheim-teck.de

Felix Rapp
Kreis Böblingen
E-Mail: felix.rapp@gmx.de

Renate Seibold-Völker
Rems-Murr-Kreis
E-Mail: buero_voelker@yahoo.de

Susanne Widmaier
Kreis Göppingen
E-Mail: widmaier.susanne@t-online.de

Verkehrsausschuss

Bettina Frick
Kreis Esslingen
E-Mail: bettina.frick@gmx.net

Jürgen Lämmle, stellv. Fraktionsvors.
Kreis Göppingen
E-Mail: j.laemmler@sm.bwl.de

Thomas Leipnitz, Sprecher Verkehr
Stadt Stuttgart
E-Mail: thomas.leipnitz@region-stuttgart.org

Harald Raß, Fraktionsvorsitzender
Rems-Murr-Kreis
E-Mail: harald.rass@t-online.de

Claus Schmiedel MdL
Kreis Ludwigsburg
E-Mail: claus.schmiedel@spd.landtag-bw.de

Wolfgang Stehmer
Kreis Ludwigsburg
E-Mail: wolfgang.stehmer@kabelbw.de

Ausschuss für Wirtschaft u. Verwaltung

Helmut Hartmann, stellv. Fraktionsvors.
Kreis Esslingen
E-Mail: SH.Hartmann@t-online.de

OB Jürgen Kessing
Kreis Ludwigsburg
E-Mail: j.kessing@bietigheim-bissingen.de

Andrea Klöber, stellv. Verbandsvors.
Stadt Stuttgart
E-Mail: andrea.kloeber@stuttgart.de

Harald Raß, Fraktionsvorsitzender

Alexander Vogelgsang
Kreis Böblingen
E-Mail: alex.vogelgsang@online.de

OB Dr. Jürgen Zieger, Sprecher WIV
Kreis Esslingen
E-Mail: juergen.zieger@esslingen.de

BOHREN DICKER BRETTEN BEIM VVS-TARIF


Bekanntermaßen erfordert ein Ziel bei der VVS-Tarifgestaltung zu erreichen, das Bohren von besonders dicken Brettern. Dem entsprechend wurde nach langen Auseinandersetzungen im VVS Ende letzten Jahres endlich die Wiedereinführung des Kurzstreckenfahrtscheins auf der S-Bahn für eine Station beschlossen. Damit konnte jetzt endlich diese Ungerechtigkeit der letzten großen Tarifreform beseitigt werden.

Bei der im März stattgefundenen Tarifklausur des Verkehrsausschusses hat sich unsere Fraktion nun die nächsten dicken Bretter vorgenommen:

Wichtiges Ziel bei der VVS-Tarifgestaltung bleibt für uns die Vereinfachung der Tarifzonen-einteilung in der Fläche. Die Kosten des ÖPNV in der Region sind überall gleich, das Angebot nicht. Mit einem 1-Zonen-Ticket in Stuttgart hat man ein sehr gutes Angebot mit S-Bahn, Stadtbahn und Bus, während man zum gleichen Preis am Rand der Region froh sein muss, wenn dort der Bus insbesondere am Wochenende mehr als 2x am Tag fährt.

Deshalb fordern wir eine Reduzierung der Tarifzonen durch den Wegfall der sogenannten Segmente in den Außenringen, damit das Preis-Leistungs-Verhältnis für alle VVS-Benutzer wieder annähernd stimmt.

Nachdem wir die jüngste Reform des Firmentickets nicht verhindern konnten, die zahlreiche Nutzer seit diesem Jahr von diesem Angebot ausschließt, streben wir mittelfristig die Umgestaltung des Firmentickets zu einem preisreduzierten Job-Ticket für alle Berufstätigen an. Auch die Prüfung eines festen Zuschussbetrags der Arbeitgeber nach Vorbild der Hamburger ProfiCard sollte erwogen werden. Die ÖPNV-Nutzer die zwingend auf den VVS angewiesen sind, dürfen nicht länger die Melkkühe der Verkehrsunternehmen sein!

Außerdem fordern wir die Einführung eines speziellen Tickets für Teilzeitkräfte. Diese flexible Mehr-Tageskarte mit be-

liebiger Zonenwahl soll der wachsenden Flexibilisierung bei Beschäftigungsverhältnissen Rechnung tragen. Diese macht es notwendig, auch für solche Personen ein attraktives ÖPNV-Angebot bereit zu halten, die nur zwei oder drei Tage in der Woche arbeiten und für die deshalb eine Monatskarte kein adäquates und bezahlbares Angebot darstellt.

Dringend reformbedürftig ist auch der Regelungsdschungel bei der Fahrradmitnahme im VVS. Derzeit gelten folgende Regelungen:

- In der S-Bahn und den Nahverkehrszügen muss Mo - Fr zwischen 6.00 Uhr und 8.30 Uhr ein KinderTicket gelöst werden. Eine kostenfreie Mitnahme ist während dieser Zeit nicht möglich.

- In der Stadtbahn (SSB) ist eine Fahrradmitnahme Mo - Fr zwischen 6.00 Uhr und 8.30 Uhr sowie 16.00 Uhr und 18.30 Uhr aus betrieblichen Gründen überhaupt nicht gestattet.

- In den Bussen ist eine Mitnahme von Fahrrädern nur im Landkreis Esslingen erlaubt (Ausnahme Busse, die von der SSB betrieben werden), allerdings Mo - Fr erst ab 18.00 Uhr. Am Wochenende jedoch ohne zeitliche Einschränkung.

Hier fordern wir die Angleichung der Mitnahmeregelungen für Fahrräder, zumindest bei Bussen, an die im Landkreis Esslingen übliche Praxis.

Notwendig ist nach unserer Ansicht auch eine zeitnahe Integration des Landkreises Göppingen in den VVS. Dieser Geburtsfehler der Region muss jetzt endlich beseitigt und zeitnah eine Lösung für die VVS-Integration zusammen mit dem Bau einer S-Bahn in den Landkreis Göppingen gefunden werden.

Ein Beitrag von Thomas Leipnitz

NACH DEM AUS DES NORDOSTRINGS: CHANCE FÜR NEUANFANG NUTZEN



Nord-Ost-Rings und der Neckarquerung bei Aldingen verkündet hatte, sieht sich die SPD-Fraktion in der Regionalversammlung in ihrer bisherigen Position zu der Projektplanung bestätigt. Der Fraktionsvorsitzende und Fellbacher Stadtrat Harald Raß machte deutlich: „dass für Winfried Herrmann das Projekt der alten CDU/FDP-Landesregierung aus rechtlichen, ökologischen und politischen Gründen nicht zu realisieren ist, ist Wasser auf unsere Mühlen.“ Die Sozialdemokraten in der Region und in den Kommunen hatten sich seit Jahrzehnten gegen das Straßenbauprojekt zwischen Fellbach/Waiblingen und Kornwestheim/Ludwigsburg stark gemacht und immer wieder eine Neuplanung gefordert.

die Raumschaft und die Region die beste Lösung erarbeitet werden. Ein wesentliches Ziel muss bleiben, dass kein zusätzlicher Verkehr, insbesondere Schwerlastverkehr, in die Raumschaft gelotst wird.

Wenn es nach der SPD geht, könnte es die so genannte Billinger-Variante sein, die die SPD bereits seit Jahren favorisiert. Diese Variante sieht unter anderem vor, dass, neben der bestehenden Neckarquerung bei Remseck, eine zweispurige Brücke, ca. 400 m westlich der bestehenden Brücke, errichtet wird und die bestehende Neckarbrücke für den motorisierten Verkehr gesperrt wird. Der Sprecher für Verkehr der SPD-Regionalfraktion Thomas Leinitz sieht in dieser Variante die Möglichkeit, mit den Kapazitäten bestehender Straßennetze, eine angemessene Lösung des Problems herbeizuführen: „Wir tun gut daran, eine Planung zu erstellen, die massive Einschnitte in die Umwelt vermeidet und für alle Seiten zu einer verträglichen Lösung führt.“

Pressemitteilung vom 16.03.2012

Nach dem endgültigen Aus für den Nordoststring und die „Andriof“-Brücke, fordert die SPD in der Regionalversammlung alle Beteiligten auf, sich für eine angemessene und möglichst zeitnahe Lösung einzusetzen.

Nachdem vergangene Woche die Landesregierung das Ende der Planung des

Dass nun die neue Landesregierung Fakten geschaffen hat und die Planung aus der Bundesverkehrswegeplanung verschwinden wird, sehen die Genossen als Chance für einen Neuanfang. Harald Raß sieht nun die Zeit gekommen, gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten: „jetzt müssen alle möglichen Lösungen, mit allen Beteiligten, erörtert werden und für

Ein Beitrag von Felix Rapp



DIE SPD-REGIONALFRAKTION LÄDT EIN:

Vorsicht an Gleis 1 - S1 nach Göppingen fährt ein

Symbolische Informationsfahrt der SPD-Regionalfraktion mit der nostalgischen S-Bahn „Roter Heuler“ von Stuttgart nach Göppingen.

Samstag 14. Juli 2012, Abfahrt Stuttgart ca. 09:00 Uhr

Zustieg: S-Untertürkheim, Esslingen und Plochingen. Die Mitfahrt ist kostenlos.

Nach Ende der Veranstaltung Rückfahrt nach Stuttgart. (Ab Göppingen ca. 10:45 Uhr)

Eine vorherige Anmeldung ist zwingend notwendig unter spd@region-stuttgart.de

RÜCKBLICK: DAS ARBEITSJAHR 2011

Das Arbeitsjahr 2011 der SPD-Regionalfraktion wurde sehr durch die Thematik um Stuttgart 21 geprägt. Die Fraktion hat dabei stets ihre positive Haltung zur Realisierung des Projektes in Stuttgart dargestellt, aber auch die erste Volksabstimmung zu dieser Sachfrage ausdrücklich begrüßt. Wir dürfen damit hoffen, dass durch die Entscheidung der - auch in der Partei vorhandene - Konflikt um das Projekt weitgehend beendet werden kann. Aber nicht nur Stuttgart 21 beschäftigte die Region.



Infrastruktur und Planung

Die Energiewende in Deutschland ist auch eine Herausforderung für die Region. Wir setzen uns im Besonderen bei der Windenergie für einen raschen Ausbau in der Region ein. So ist es Aufgabe der Regionalversammlung und des Planungsausschusses die planerischen Rahmenbedingungen für den Bau von beispielsweise Windkraft- oder Biogasanlagen in der Region zu erstellen und im Auge zu behalten. Die Region will dabei eine aktive Rolle im Planungsprozess spielen und eng mit den Kommunen zusammenarbeiten. Regionalplanerische Ziele, wie der Umgang mit und die Sicherung von Freiflächen, können durchaus in Konflikte geraten. Das kann und darf man nicht verschweigen. Zur Energiewende zählt eben auch, dass die nötigen Infrastrukturen z.B. für den Transport von Energie zur Verfügung stehen. Auch aus diesem Grund hat die Fraktion einen Antrag auf den Weg gebracht, der die Verwaltung auffordert, zu prüfen, welche regional bedeutsamen Stromtrassen im Rahmen der Energiewende erforderlich werden und welche Leitungen im Umkreis eines größeren Feldes von Windkraftanlagen notwendig sind.

Bei der Standortsuche für Biogasanlagen setzt sich die Regionalfraktion für eine Verschlinkung des Verfahrens ein. Wenn es nach der SPD geht, übernimmt der Verband Region Stuttgart eine Koordinationsrolle bei der Ansiedlung und führt eine Standortvorklärung durch, in der die Entfernung zu den Wärmeabnehmern,

zur nächsten Gastransportleitung oder auch der Zugang zum Stromnetz in die Betrachtung einbezogen werden.

Verkehr

Im März hat die Regionalversammlung des Verbandes Region Stuttgart die Fortschreibung des Regionalverkehrsweplanes auf den Weg gebracht. Die SPD setzt sich für eine zügige Umsetzung des Verfahrens ein. In diesem Zusammenhang ist es der Fraktion wichtig, dass der Regionalverkehrsplan alle Bereiche der Verkehrsinfrastruktur abdeckt. Der Regionalverkehrsplan muss eine klare Definition eines regionalen Grundangebots und einheitlicher Standards im ÖPNV beinhalten. Hierzu sind Aussagen zu einer transparenten, solidarischen und gerechten Verkehrsfinanzierung in der Region zu machen. Die Klärung der Frage nach einer Umweltzone für die ganze Region muss erfolgen.

Im Bereich des Schienenverkehrs muss der Ausbau der S-Bahn im Vordergrund stehen. Aller Voraussicht nach wird Ende 2012 die S 60 vollständig in Betrieb genommen. Ebenso ist die Betriebsaufnahme der S 40 zwischen Marbach und Backnang im Dezember 2012 in Reichweite. Darüber hinaus setzen wir uns energisch für den weiteren Ausbau der Barrierefreiheit der S-Bahnstationen ein. Die Untersuchungen für den S-Bahn-Ausbau nach Neuhausen/Filder und die Machbarkeitsstudie für den Bau der S-Bahn nach Vaihingen/Enz unterstützt die Fraktion ausdrücklich. Oberste Priorität hat für uns der Ausbau der S-Bahn nach Göppingen und die damit verbundene Einbeziehung des Landkreises Göppingen in den VVS.

Im Bereich der Tarife beim VVS setzt sich die SPD-Fraktion für eine weitere Anpassung im Bereich der Jobtickets ein. So wurde im Sommer, in einer Veranstaltung mit dem ACE, das Hamburger ProfiCard Modell vorgestellt und diskutiert.

Neben dem S-Bahnbereich setzt sich die Regionalfraktion für weitere Verkehrsprojekte ein. Für den Schwerlastverkehr fordert die Fraktion im Rahmen der Aufstellung des Regionalverkehrsplans eine Strategie für die Region zu erarbeiten. Dies wird nicht zuletzt durch die Diskussionen um die Schurwaldquerung deutlich. Bezüglich der Entwicklungen bei den Planungen des Nordoststrings begrüßt die SPD-Regionalfraktion den Stopp beim Planfeststellungsverfahren für die Neckarquerung als Teil des Nordoststrings. Wir wollen aber auch, dass alle Beteiligten in den weiteren Prozess eingebunden werden und zeitnah eine angemessene Lösung für die dortige Raumschaft erarbeitet wird.

Beim Thema Elektromobilität setzt sich die Regionalfraktion für die Umsetzung

der Modellregion Nachhaltige Mobilität ein. Der Ansatz war und ist richtig und wird auch von der grün-roten Landesregierung weiter verfolgt. Wir sind überzeugt davon, dass wenn wir gemeinsam mit den Kommunen uns dafür einsetzen, die Region einen bemerkenswerten Beitrag dazu leisten kann.

Wirtschaft- und Verwaltung

Ein schwieriges Thema bleibt die Metropolregion. Deshalb haben wir beispielsweise gefordert, dass bei der Fortschreibung des Regionalverkehrsplans eine bessere Verzahnung der Verbands- und Verbundstrukturen im Verkehrsbereich in der Metropolregion voran zu bringen sind. Ein allgemeines Metropol-Ticket und ein preisgünstiges StudiTicket sollten für die gesamte Metropolregion als weitere Schritte hin zu einem einheitlichen Landstarif möglich sein. Der Landschaftspark „Neckar“ sollte zwischen Tübingen und Heilbronn ausgedehnt werden.

Die SPD-Regionalfraktion steht nach wie vor zur KulturRegion. Da es nicht nur um eine Reanimation dieser gehen kann, hat die Fraktion für den Haushalt 2012 zusätzliche 250.000€ an Zuschüssen beantragt. Die Regionalversammlung ist diesem Antrag gefolgt. Auch hier hoffen wir auf eine ergebnisorientierte Zusammenarbeit mit den Kommunen.



Aufgabenträgerschaft

Ein Meilenstein in der weiteren Entwicklung kann und wird die Frage sein, ob wir in der Region einen ÖPNV „aus einem Guss“ bekommen (Stichworte: Aufgabenträgerschaft, Allgemeine Vorschrift). Wir setzen uns dafür ein und wollen im Dialog mit allen Beteiligten die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung diskutieren. Wir hoffen, dass wir in dieser Periode in dieser Frage noch einen Schritt weiter nach vorne machen können.

Ein Beitrag von Harald Raß & Felix Rapp